



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Reform der deutschen Filmwirtschaft (Diskussionsentwürfe Investitionsverpflichtungsgesetz, Filmförderungszulagengesetz)

Stand vom 09.01.2025 16:11:32 bis 20.05.2025 23:57:02

Angegeben von:

Dr. Anja Zimmer – Rechtsanwältin (R006080) am 03.07.2024

Beschreibung:

Die BKM plant Steueranreize für Filmproduktionen und Investitionsverpflichtungen für Mediendienstanbieter einzuführen. Mein Ziel ist eine wettbewerbsfähige, die wirtschaftlichen Notwendigkeiten berücksichtigende Ausgestaltung des Regelungsvorhabens, die den Filmproduktionsstandort Deutschland stärkt, ein positives Investitionsklima schafft und gleichzeitig den Schutz der Medien- und Investitionsfreiheit und der Programmautonomie der Mediendienstanbieter sowie Medienvielfalt und die Auswahlmöglichkeiten der Verbraucher*innen sicherstellt. Investitionsverpflichtungen lehne ich als sachlich nicht gerechtfertigten und kontraproduktiven Markteingriff ab.

Betroffene Interessenbereiche (9)

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Kultur [alle RV hierzu]

Massenmedien [alle RV hierzu]

Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik" [alle RV hierzu]

Urheberrecht [alle RV hierzu]

Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Aufträge zu diesem RV (1)

1. Auftrag

Austausch mit Bundesministerien, Bundesbehörden und Abgeordneten des Bundestages zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten. Dabei geht es unter anderem um zeitgemäße Rahmenbedingungen für die Filmwirtschaft.

Auftraggeber/-innen (2):

1. VIMN Germany GmbH
2. Viacom Global Ltd

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen:

Der Auftrag zur Interessenvertretung wird selbst ausgeführt